

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt-Rieser  
Grunn 1287  
Postfach Nr. 28

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns  
zu Großschönau bestellte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Rieser  
und des Hauptzollamtes Weiden

Postfach  
Dresden 1580  
Verleger  
Rieser Nr. 28

Nr. 150

Donnerstag, 1. Juli 1937, abends

90. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug DM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenrate (6 aufeinanderfolgende Nr.) 15 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabentages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesamte 80 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Rp., die 60 mm breite, 8 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rp. (Grundchrift: Zeit 3 mm hoch). Bistagegebühr 27 Rp., tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung einseitiger Anzeigen oder Probeabgabe schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus. Mängel nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konturs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlass hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Rieser. Öbhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Rieser, Goethestraße 58.

## Ganz unsere Meinung, Herr Chautemps

Mit dem innerpolitischen Teil der Antrittsrede des neuen französischen Ministerpräsidenten mag sich Frankreichs Parlament allein auseinandersetzen. Der außenpolitische Teil seiner Rede kann uns nur soweit interessieren, als er gegenüber der bisherigen Außenpolitik Frankreichs etwas wesentlich Neues gebracht hätte, das als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Erörterung der europäischen Lage hätte dienen können. Es bleibt festzustellen, daß diese Rede auf diesem Gebiet auch in der Rede Chautemps nichts zu finden ist.

Für einen Satz möchten wir hier aus seiner Rede herausgreifen, der uns eine verständliche Erkenntnis liefern zu enthalten scheint, als für Grundgedanke von den führenden Männern des neuen Deutschland schon seit Jahren immer wieder ausgesprochen wird. Chautemps sagt u. a.: „Der Friede wird nicht durch Entfaltungen erreicht, die nur zur Rache und zum Krieg führen“. Ganz genau eben dieses ist ja durch die gesamte bedingungslose Erfüllungspolitik der Weimarer Jahre im Jahre 1919 bewiesen worden. Die Tributneuschuld Deutschlands auf Grund des Versailler Diktates ist als einziger bestehendes Beispiel für die Verflüchtung eines großen Volkes in die Annalen der Geschichte eingegangen; und daß es über den Entfaltungen eines ebenso wehrlos wie rechts gewordenen Deutschland in jenen dreizehn Jahren nicht zum Eroberungskrieg durch gelegentlich übermächtige Nachbarn kam, ist ganz gewiß nicht ein Verdienst Frankreichs.

Umgekehrt haben die führenden Männer Deutschlands nicht nur bei unzähligen Gelegenheiten auf die ungebührliche Gefahr hingewiesen, die für Europa in dem wehrpolitischen deutschen Vakuum liegen mußte, sondern die europäische Geschichte seit 1933, also seit Beginn der Vorbereitungen zu der allmählichen Wiedermehrhaftmachung Deutschlands, ist auch ein einziger schlagender Beweis für die Richtigkeit jener deutschen These. Es wird späteren Geschichtsschreibern vorbehalten bleiben, festzustellen, wie oft in diesen Jahren eine unmittelbare Kriegsgefahr in Europa lediglich dadurch abgewandt wurde, daß das neue Deutschland in seiner innen- und außenpolitischen Stärke kein verlockendes Eroberungsobjekt mehr, sondern mit seiner modernen Wehrmacht einer der stärksten Stabilisierungsfaktoren, ja vielleicht der stärkste überhaupt in Europa ist.

Aber die Erkenntnis des Herrn Chautemps wurde in französischer Sprache formuliert und selbstverständlich nur auf französische Verhältnisse bezogen. Jene Erkenntnis ist also in ihrem Wert aufs höchste bedingt durch die Einschränkungen.

## Adolf Hitlers Befehlsgebungswert im 1. Halbjahr 1937

36 Befehle und über 300 Befehlsverordnungen

1 Berlin. Die Aufbauarbeit der Reichsregierung im ersten Halbjahr 1937, soweit sie in Reichsgesetzen und dem im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Verordnungen niedergelegt ist, ergibt wiederum ein imponierendes Bild. 36 bedeutende Reichsgesetze sind in der Berichtzeit erlassen, darunter das deutsche Beamtengesetz, die Reichs-Luftverkehrsgesetz, das Gesetz über Groß-Hamburg, das Abfallgesetz, die Neuorganisation der Reichs-Post- und Reichsbahn durch Befestigung der letzten verfallenen Befestigung, das Gesetz zur Verhinderung der Verfallung am spanischen Bürgerkrieg, das Gesetz zum Schutz der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen, die Reichs-Luftverkehrsgesetz und das deutsche Polizeibeamtengesetz. Von den über 300 Befehlsverordnungen seien in die Erörterung zurückzuführen die über die Einsetzung des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt, über die Einsetzung einer verfassunggebenden Generalsynode, der Reichsminister über die Stiftung eines deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft, die Verordnung über das NS-Fliegerkorps, die Verordnung des Reichs über die Stiftung des Verdienstordens vom Deutschen Adler und die Durchführungsbestimmungen zur Luftverkehrsgesetz.

## Ehrung einer Hundertjährigen

1 Berlin. Der Führer und Reichkanzler hat der Frau Karoline Klotz in Rempten im Altland aus Anlaß der Vollendung ihres 100. Lebensjahres ein persönliches Glückwunschschreiben und eine Ehrengabe zugesandt lassen.

## Generalfeldmarschall von Blomberg befehligt Honved-Truppenübung

1 Budapest. Reichsriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg wohnte am Mittwoch in Begleitung des Honvedministers General Róder einer großangelegten Truppenübung der Honved in Hajmáskér bei, an der eine Reihe verschiedener Honved-Formationen teilnahm. Der Truppenübung wohnten ferner der Außenminister von Rappay, der deutsche Gesandte von Erdmannsdorff, der deutsche Militärattaché General Friderich, der deutsche Luftattaché Oberst Schullkeff sowie eine Reihe von Staatsbeamten der ungarischen Armee bei. Anschließend war Generalfeldmarschall von Blomberg Gast des die Redungen leitenden Truppenkommandanten.

In den Nachmittagstunden besog sich der Generalfeldmarschall, einer Einladung des Reichsweverers Admiral von Göttsch folgend, mit seiner Tochter und dem Honvedminister General Róder und Gemahlin nach dem Landgut des Reichsweverers, Budaörs, wo er den Abend verbrachte und auch zur Nacht blieb. Der Reichsriegsminister fuhr heute nach Budapest zurück.

## Reichsparteitag 1937 vom 6. bis 13. September

1 Berlin. Die Nationalsozialistische Parteiforenspondenz meldet:

Der diesjährige Reichsparteitag findet in der Zeit vom Montag, den 6. September, bis einschließlich Sonntag, den 13. September, statt. Im Hinblick auf die erstmalige Durchführung der NS-Rampfspiele ist die Dauer des Reichsparteitages gegenüber den früheren Reichsparteitagen um einen Tag verlängert worden.

Die Organisationsleitung der Reichsparteitage nimmt mit dem 1. Juli ihre Arbeiten in der Stadt der Reichsparteitage auf. Reichsorganisationsleiter Dr. Seyditz, wie NSDAP, meldet, aus diesem Anlaß heute Donnerstag mit dem Flugzeug in Nürnberg ein und wurde von dem Reichsführer Gauleiter Julius Streicher empfangen. Anschließend fand im Haus des Reichsorganisationsleiters ein Gespräch mit dem Reichsorganisationsleiter Dr. Seyditz, seines Stellvertreters Staatsrat Schuster und seines Stabs durch den Gauleiter Julius Streicher statt.

## „Deutschfeindliche Hebe führt den Frieden“

Offenes Wort einer englischen Parlamentarierin über die jüdischen Nachgeschichten in USA.

1 London. In der letzten Zeit wurden in den Vereinigten Staaten einige Vorfälle verzeichnet, die insofern höchst bedauerlich waren, als sie die guten deutsch-amerikanischen Beziehungen zu trüben geeignet waren. Fast immer ergab es sich, daß Juden hinter diesen — vom amerikanischen Volk selbst abgelehnten — Eitrummenschwärzern standen oder sie in aller Öffentlichkeit inszenierten. Der Fall des Vöbelstudien Laguardia ist hier ein treffendes Beispiel. Es ist nun interessant und dankenswert, daß auch eine englische Parlamentarierin, Viscountess Alton, die geübte Amerikanerin ist, auf diese deutsch-feindlichen Nachgeschichten aufmerksam macht. Viscountess Alton hat sich in den USA aufgehalten und hat nun vor ihrer Rückkehr nach England ihre Eindrücke folgendermaßen umschrieben:

Sie sei entsetzt über die deutsch-feindliche Propaganda, die sie in Amerika feststellen habe. Wenn hinter dieser Deutschfeindlichkeit die Juden ständen, so gingen diese entschieden zu weit. Jene deutsch-feindliche Propaganda sei eine Gefahr für den Weltfrieden und bedrohe somit gleichzeitig eine schwere Gefahr für die Vereinigten Staaten.

1 New York. Sie, Lady Alton, haben nicht verstanden, warum gegen Deutschland gehetzt werde, während über das, was in Sowjetrußland und Spanien vorgehe, stillschweigend hinweggesehen werde. Der Kommunismus wolle einen europäischen Krieg, denn er könne nur von einem Kriege profitieren. Wenn sich der Kommunismus vor einer Nacht fürchte, so sei das Deutschland. Wer also eine deutsch-feindliche Propaganda betreibt, spiele dem Bolschewismus in die Hände. Auf jeden Fall verheißt eine deutsch-feindliche Hebe nicht zum Frieden, sondern führt ihn.

1 New York. Im Repräsentantenhaus erklärte der Vertreter des Staates Georgia, die Staatsbeamten würden die ungesetzliche Wahlarbeit der Devisen-Gewerkschaften nicht dulden.

Devisen und seine kommunistischen Verbündeten wollten in Amerika eine Gewaltherrschaft errichten. Wenn die Devisen des Staates und der Gemeinden nicht bald ihre Amtspflichten zum Schutze der Rechte und Freiheiten der Staatsbürger erfüllen, werde Amerika vor dem Bürgerkrieg und dem Ruin.

## Londoner Beratungen dauern an

Endgültige Beschlüsse erst nach den Antworten Deutschlands und Italiens

1 London. Die Beratungen, die das englische Kabinett in seiner getrennten Sitzung in Erwartung des Zusammentritts des Nicht-Einmischungsausschusses am Freitag noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt. Das Ergebnis der morgigen Besprechungen werde inoffiziell auf einer Sonderberatung des Kabinetts am Montag ausgearbeitet werden. Nach einer Neuentwerfung wird es in dem Verhandlungsausschuss des Unterhauses als unwahrscheinlich betrachtet, daß England Salamanca und Valencia als kriegsführende Mächte anerkennen werde. Die englischen Minister seien anscheinend ausgesprochen in der Hauptsache besorgt, eine wirksame Nicht-Einmischung aufrechtzuerhalten. Demgegenüber meldet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß die britische Regierung, wenn der spanische Kontrollplan völlig ins Wasser fallen sollte, möglicherweise bereit sein würde, beiden Seiten die Rechte der Kriegsführung zu erkennen, vorausgesetzt, daß alle anderen betroffenen Regierungen diesem Verfahren zustimmen würden. England würde ferner seine Neutralität betonen und gleichzeitig seinen Beschluß erneuern, die Befreiung von Waffen und Munition abzulehnen. Zahlreiche Vorschläge, die gewisse Abänderungen der obengenannten Pläne umfassen, würden zur Zeit geprüft. Endgültige Beschlüsse könnten jedoch erst gefaßt werden, nach dem die amtlichen Mitteilungen von Deutschland und Italien eingetroffen seien.

## Paris erwartet Londoner Vorschlag für Anerkennung Franco

1 Paris. Die Beurteilung der Lage hinsichtlich der spanischen Frage ist in Paris nach wie vor sehr pessimistisch. Die Blätter stellen fest, daß die internationale Kontrolle der spanischen Grenzen bereits praktisch nicht mehr besteht. Man rechnet allgemein damit, daß der Vorschlag des Nicht-Einmischungsausschusses auf der nächsten Sitzung den Vorrang macht, die spanische Nationalregierung als kriegsführende Partei anzuerkennen. Als Gegenleistung werde man die strikte Neutralität aller anderen Staaten fordern. Die Frage sei, so heißt es u. a., ob man gegen die Anerkennung Francos als kriegsführende Partei einen Ausgleich erhalten könne, der die Aufstellung einer neuen Formel erlaube, um wenigstens den Schein eines Nicht-Einmischungssystems beizubehalten. Man wolle weiter berücksichtigen, daß eine Anerkennung Francos als kriegsführende Partei englischen Regierungen, Danz- und Indusriefreien zwar ein Zugeständnis in Bezug auf die englischen Interessen in Nordspanien machen werde, daß aber Frankreichs politische und moralische Schwierigkeiten aufzuheben könnten, soweit ein derartiger Beschluß gefaßt würde.

## Japanische Feststellungen zu dem Amur-Zwischenfall

„Unhehliche Haltung der Sowjetregierung“

1 Tokio. (Staatsdienst des MHO.) Wegen des Zwischenfalles auf dem Amur hat das japanische Kabinett folgende Erklärung abgegeben:

Die Lage auf dem Amur an der mandchurisch-sowjetischen Grenze war schon lange deswegen sehr gespannt, weil die sowjetischen Truppen die beiden Inseln Kamohatu und Chinamudo besetzten, um den Wasserweg zu blockieren. Aber da der sowjetische Außenminister Litwinow auf den schärfsten Protest der japanischen Regierung hin dem japanischen Botschafter Edigemitsu gegenüber die Zurückziehung der Streitkräfte versprochen, schien die Lage eintrüben beruhigt worden zu sein.

Dieses Versprechen ist leider von der sowjetischen Seite nicht eingehalten worden. Die sowjetischen Truppen, die die Inseln besetzten, zogen sich nämlich nicht zurück.

## Das Unverkündnis Deutschland gegenüber

1 London. Das Oberhaus behandelte am Mittwoch nachmittag die Frage der Völkerverbundreform. Dabei kam es zu einer bemerkenswerten Kritik an dem Völkerverbund. Besonders Lord Lothian verwies dabei auf die unglückselige Rolle, die der Völkerverbund in den Nachkriegsjahren gespielt hat, und das Unverkündnis, das er deutschen Fragen gegenüber immer gezeigt hat. Lord Lothian unterstrich für die Oppositionsliberalen die Tatsache, daß der Völkerverbund sich nicht voll bemüht habe. Der Redner, der sich mit den Grundfragen des Völkerverbundes einverstanden

erklärte, gab der Meinung Ausdruck, daß die Hauptursache des Zusammenbruchs des Völkerverbundes während der Nachkriegsjahre in seiner Unfähigkeit gelegen habe, die schweren Fehler im Vertrage von Versailles wieder gut zu machen.

Lord Lothian legte sich für Revisionenmaßnahmen für unbedrückte Staaten ein. Man könne kein wirksames Instrument kollektiver Sicherheit schaffen, wenn man nicht gleichzeitig ein Revisionsinstrument für diejenigen Revisionen schaffe, die ihrer Meinung nach die ungünstigere Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Status quo nicht tragen könnten.

## Große Beunruhigung in Paris

1 Paris. Der japanisch-sowjetische Zwischenfall wird in der Pariser Presse groß aufgemacht und als sehr ernst betrachtet. Die Blätter befürchten sich jedoch vorläufig auf die Wiedergabe der Meldungen.